

5. Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2008

5.1. Verlauf der Haushaltswirtschaft

5.1.1. Grundlagen

Die Stadt Nauen war Modellkommune des Landesprojektes zur Umstellung auf ein Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung, dass im November 2004 gestartet wurde. Das Projekt endete am 31.12.2007.

Das Jahr 2008 war für die Stadt Nauen das dritte Jahr, in dem eine doppelte Haushaltsplanung, Buchführung und Abrechnung praktiziert wurde.

Als Rechtsgrundlage für die Planung, Erstellung und Bewirtschaftung des doppelten Haushaltsplanes und des doppelten Jahresabschlusses waren die Beschlüsse des Landes zur Brandenburger Kommunalverfassung (BbgKVerf) vom 18.12.2007, der kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) vom 14.02.2008 sowie der Verwaltungsvorschriften zum Produkt- und Kontenplan vom 13.04.2008 anzuwenden.

Der Haushaltsplan der Stadt Nauen für das Haushaltsjahr 2008 nach den Grundsätzen des doppelten Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 03.12.2007 unter der Nummer 582/2007 beschlossen. Der Haushalt war im ordentlichen Ergebnis ausgeglichen. Weitere genehmigungspflichtige Teile waren nicht enthalten.

Der Landkreis Havelland, Amt für Rechnungs- und Gemeindeprüfung und Kommunalaufsicht, gab mit Schreiben vom 25.01.2008 als untere Rechtsaufsichtsbehörde eine Stellungnahme zum Beschluss ab.

Die Bekanntmachung des Haushaltsplanes 2008 erfolgte im Amtsblatt für die Stadt Nauen vom 16.02.2008, 15. Jahrgang, Nummer 1.

5.1.2. Buchführung

Die Buchführung wurde zum 01.01.2006 auf das doppelte Rechnungswesen umgestellt.

Neben den landesrechtlichen Vorschriften richtete sich die Buchführung nach folgenden internen Grundlagen

- dem produktorientierten Haushalt,
- die eindeutige Zuordnung der Verantwortlichkeit der Fachbereiche zu den Produkten,
- dem Kontenplan der Stadt Nauen,
- den Budgetrichtlinien der Stadt Nauen, zur Zusammenfassung von Teilhaushalten,
- Regelungen zur Kosten – und Leistungsrechnung.

Die **Finanzbuchhaltung** ist die Organisationseinheit der Verwaltung, in der die Geschäftsbuchführung, die Zahlungsabwicklung mit Vollstreckung und die Anlagebuchhaltung durchgeführt wird. Es werden alle Vorgänge, die sich in Zahlenwerten ausdrücken lassen, sachlich und zeitlich geordnet erfasst, auf Konten gebucht und dokumentiert. Am Ende einer Rechnungsperiode werden die Konten abgeschlossen und Bilanz, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung erstellt.

Es besteht eine dezentrale Haushaltsorganisation. Der Geschäftsbuchführung sind 6 dezentrale Vorerfassungsstellen in den Fachbereichen zugeordnet.

In der **Mittelbewirtschaftung** war es Ziel, die Mittel entsprechend den Regelungen der Gemeindehaushaltsverordnung wirtschaftlich und mit hohem Output einzusetzen. Dazu wurden die Möglichkeiten der Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit voll ausgenutzt.

Die Stadt Nauen stellt in jedem Teilhaushalt ein Produkt dar. Damit bildet jedes Produkt zunächst ein Budget. Entsprechend der organisatorischen Verantwortung werden verschiedene Teilbudgets (Produkte) zu 13 Gesamtbudgets zusammengefasst.

	Nr.	Bezeichnung	Produkt			
Frau Dr. Grigoleit	110	Service und Dienstleistung	11.1.01 28.1.01	12.1.01	11.1.03	12.1.01
	120	Allgemeine Finanzwirtschaft	61.1.01	61.2.01		
Frau Schulz	112	Bürgerbüro/Stadtinformation	12.2.02	52.2.01		
Frau Moritz	130	Sicherheit und Ordnung	12.2.01	12.6.01	54.5.01	57.3.01
	131	Wald	55.5.01			
Herr Fischer	140	Schulträgeraufgaben	21.1.01 21.6.02	21.1.02 21.7.01	21.1.03 21.7.02	21.6.01 24.2.01
	146	Kultur und Sport	42.1.01	42.4.01	42.4.02	31.1.01
	151	Kinderbetreuung und Jugend	36.1.01 36.5.15 36.5.35 36.5.55	36.2.01 36.5.20 36.5.40 36.5.60	36.5.01 36.5.25 36.5.45 36.6.01	36.5.10 36.5.30 36.5.50
Herr Heinrich	160	Bau	51.1.01	57.1.01		
	165	Hochbau und Sanierung	11.1.04	52.1.01	53.1.01	53.2.01
	166	Tiefbau und Straßenbeleuchtung	53.3.01	53.8.01	54.1.01	54.6.01
	167	Friedhof, Grün, Gewässer	55.1.01 56.1.01	55.2.01	55.3.01	55.3.02
	168	Liegenschaften	11.1.05	11.1.06		

Die Budgetierung bildet die Basis für die Zusammenfassung von Sach- und Finanzverantwortung in den dezentralen Organisationseinheiten. Sie ist Voraussetzung für eine hohe Managementverantwortung der Führungskräfte und soll eine ergebnisorientierte Steuerung und Bewirtschaftung der Mittel fördern.

Näheres regelt die Dienstweisung „Handlungsrahmen Budgetierung im doppischen Haushalt“.

Grundsätzlich sollen gemäß den Entwürfen zum Gemeindehaushaltsrecht alle Aufwendungen bzw. Auszahlungen innerhalb eines Budgets gegenseitig deckungsfähig sein. Dieser Grundsatz wurde nur für die Personal- und Versorgungsaufwendungen gebrochen.

Die Budgetregelungen ermöglichen weiterhin die Management bedingten Mehrerträge (Steuerungserfolge) in den einzelnen Budgets für Mehraufwendungen in diesen Budgets zu verwenden.

Zudem können auf Antrag Management bedingte Minderaufwendungen für Investitionsauszahlungen des Budgets als einseitig deckungsfähig erklärt werden. Demnach kann durch die Hereinnahme zusätzlicher Mittel der Ausgabenspielraum erweitert bzw. durch Mitteleinsparungen der Korridor für (strategische) Investitionen eröffnet werden.

Als Budgetzeitraum gilt das jeweilige Haushaltsjahr. Bereits für die Planung werden je Budget der Zuschussbedarf bzw. das Überschussvolumen festgelegt.

Am Jahresende sollen Management bedingte Unterschreitungen des Zuschussbedarfs bzw. Überschreitungen des Überschussvolumens wie folgt in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden:

- bei einem ausgeglichenem ordentlichen Gesamtergebnis 75%
- bei einem unausgeglichenem ordentlichen Gesamtergebnis 30%.

Auf Grund der zeitlichen Verschiebung des Jahresabschlusses 2008 (Fertigstellung erst März 2010) wurden keine Mittel übertragen. Gemäß § 24 Absatz 1 KomHKV müssen die übertragenen Mittel bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verwendet werden. Dies konnte nicht gewährleistet werden.

Zur **Überwachung der Haushaltswirtschaft** wurden alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt.

- So z.B.
- Arbeit mit Auftragsvormerkungen,
 - Anordnungssperre bei Ausschöpfung der Planansätze,
 - Haushaltssperren,
 - Überwachung der Budget- und Deckungskreise,
 - Haushaltsanalysen per 30.06.08 und 30.09.08.

Für die Haushaltswirtschaft gilt der Grundsatz, dass ein Aufwand/Auszahlung nur dann zu tätigen ist, wenn dazu eine Ermächtigung vorliegt. Diese Ermächtigung begründet sich entweder durch den Haushaltsplan oder durch außer-/überplanmäßige Bewilligungen unter Beachtung der Grenzen der Erheblichkeit.

Dieser Grundsatz wurde für die Bewirtschaftung der Budgets durch die Fachbereiche auch durchgesetzt.

Da Abschlussbuchungen der Anlage- und Finanzbuchhaltung (zahlungsunwirksame Aufwendungen) nicht über die Mittelbewirtschaftung sondern über sogenannte Buchblätter in die Gesamt- und Teilhaushalte verbucht werden, wurde hier auf den Grundsatz der Gesamtdeckung nach § 22 KomHKV abgestellt.

Hinzu kommt, dass Planansätze für Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen bei der Haushaltsplanung 2008 noch sehr ungenau waren.

Bei der Verbuchung der Einzelposten im Ergebnishaushalt wäre der zeitliche Aufwand jede Einzelermächtigung anzupassen unverhältnismäßig groß gewesen.
Insgesamt lässt sich die Ermächtigung wie folgt darstellen:

1. Mehraufwand Abschreibungen in Höhe von 667.113 EUR	
Deckung durch Mehrerträge Auflösung Sonderposten	402.086 EUR
Mehrerträge aus Wertebereinigung	265.027 EUR
2. Mehraufwand Zuführung Rückstellungen in Höhe von 1.592.180 EUR	
Deckung durch Minderaufwand in Aufwandsarten	304.876 EUR
Mehrerträge Steuern	1.287.304 EUR

5.1.3. Fazit

Im dritten Jahr der doppelten Buchführung konnte in der Haushaltsdurchführung eine gewisse Stabilität erreicht werden. Die Verbuchung der Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen durch die dezentralen Vorerfassungsstellen in den Fachbereichen verlief weitgehend ohne Probleme.

Die Organisation und Durchführung der Arbeiten zum Jahresabschluss bereitet noch immer Schwierigkeiten. Der Jahresabschluss 2008 konnte erst wieder mit erheblicher zeitlicher Verzögerung fertig gestellt werden.

Gründe dafür sind immer wieder die erforderlichen Anpassungen/Änderungen in der Software durch neue Updates. Diese sind mitunter so komplex, dass sich Zuordnungen und Abläufe bei fast allen Einzelmenüs des Programms ergeben.

Ein weiterer Faktor ist die späte Prüfung des Jahresabschlusses 2007 durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt des Landkreises Havelland. Die Prüfung wurde von Ende Oktober 2009 bis Januar 2010 durchgeführt. Während dieser Prüfung kam es zu grundsätzlichen Diskussionen beim Anlagevermögen und Rückstellungen für Altersteilzeit, die zu einer Korrektur der Eröffnungsbilanz führten.

Weitere Ergebnisse der Prüfung sollten bereits im Jahresabschluss 2008 umgesetzt werden, um die Ordnungsmäßigkeit immer mehr zu verbessern.

Für die Jahresabschlüsse der Folgejahre ist sicher zu stellen, dass die zeitliche Vorgabe nach § 82 Abs. 4 BbgKVerf zur Beschlussfassung der Gemeindevertretung über den geprüften Jahresabschluss eingehalten wird.

5.2. Lage der Gemeinde

Die **Ergebnisrechnung** bildet in der Summe der Erträge und der Aufwendungen den Ressourcenverbrauch innerhalb des Haushaltsjahres ab. Der Haushaltsplan 2008 bildete ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis ab.

Im Jahresabschluss weist das **ordentliche Ergebnis** einen Saldo in Höhe von **2.107.304 EUR** aus. Dieser wird der **Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses** zugeführt.

Das ordentliche Ergebnis beinhaltet Aufwendungen aus Ermächtigungen des Jahres 2007 in Höhe von 45.489 EUR.

Für neu nach 2009 übertragene Aufwendungen in Höhe von 35.427 EUR ist die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses bereits gebunden. Bei Inanspruchnahme der Ermächtigungen muss zur Finanzierung im Jahr 2009 wieder aus der Rücklage entnommen werden.

Der Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt somit 5.231.679,15 EUR.

Aus **außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen** wird ein Fehlbetrag in Höhe von **3.039 EUR** ausgewiesen, der in der Bilanz unter **Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis** verbucht wurde. Ein Planansatz war hier nicht vorhanden.

Der Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses ergibt sich im Saldo in Höhe von 330.953,64 EUR.

Mehrerträge, die insbesondere bei den Ertragsarten Steuern, Zuwendungen und allgemeine Umlagen ausgewiesen werden, haben den Verlauf und den Abschluss des Haushaltsjahres positiv geprägt.

Ein Teil der Mehrerträge wurde im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bzw. für außerplanmäßige und überplanmäßige Aufwendungen bereitgestellt.

Mit der Eröffnungsbilanz wurden Rückstellungen für zukünftige Verbindlichkeiten gebildet, die in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt des Eintretens ungewiss sind. Im Haushaltsjahr 2008 wurden Aufwendungen in Höhe von 717,6 TEUR aus der Inanspruchnahme von Rückstellungen gedeckt. Rückstellungen, deren Grund für ihre Bildung entfallen ist wurden in Höhe von 1.281,4 TEUR aufgelöst. Diese werden im Ergebnishaushalt als Ertrag verbucht.

Der verbleibende positive Saldo im ordentlichen Ergebnis aus Erträgen minus Aufwendungen konnte zur Absicherung von Vorgängen mit besonderer Bedeutung, die bis zum Rechnungsschluss auftraten, verwendet werden.

Insbesondere wurden für die Absicherung von zukünftigen Risiken folgende Rückstellungen erhöht bzw. gebildet:

- Beihilferückstellungen Zuführung über 18,5 TEUR
Hierzu lag eine neue Berechnung des Kommunalen Versorgungsverbandes vor.
- Rückstellungen für Altersteilzeitverträge und Auflösungsverträge Zuführung über 242,7 TEUR
Die Zuführung ergibt sich aus abgeschlossenen Verträgen. Die Berechnung erfolgte nach den Grundsätzen des Bewertungsleitfadens Brandenburg.
- Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs u. Steuerschuldverhältnissen Zuführung über 1.371,5 TEUR

Die Bildung dieser Rückstellung erfolgte aus verschiedenen Überlegungen:

Zunächst waren die **Erträge aus der Gewerbesteuer** zu betrachten.

Bei der Stadt Nauen sind 2008 Vorauszahlungen in Höhe von 2.199.804,00 EUR aufgelaufen.

Es besteht das Risiko, Gewerbesteuer zurück erstatten zu müssen.

Zur Ermittlung der Höhe der Rückstellung wurden die tatsächlichen Gewerbesteuererstattungen der letzten drei Jahre herangezogen:

Es ergibt sich ein Durchschnitt von 808.560,11 EUR.

Der weltweite Zusammenbruch des Finanzmarktes im II. Halbjahr 2008 zeigte in kürzester Zeit auch erhebliche Auswirkungen in Deutschland.

Die Bundesregierung beschloss bereits im November 2008 das Konjunkturpaket I zur raschen Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung der Arbeitsplätze.

Danach folgten weitere Gesetzgebungen, die Auswirkungen auf das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden haben.

Der Städte- und Gemeindebund erstellte Prognosen, nach denen sich das Gesamtsteueraufkommen bundesweit gegenüber der Steuerschätzung Mai 2008 im Jahr 2009 um rund 8 % und im Jahr 2010 um rund 14 % reduzieren wird.

Vor diesem Hintergrund muss in den Folgejahren mit erhöhten Erstattungen gerechnet werden.

Die Rückstellung sollte demnach mindestens 50 % der Vorauszahlungen betragen.

Es wird eine Rückstellung in Höhe von **1.100.000,00 EUR** gebildet.

Des Weiteren waren die Auswirkungen der Steuererträge in 2008 auf zukünftige Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis in Form der **Kreisumlage** zu prüfen.

Die Stadt Nauen erzielte 2008 im Vergleich zum Planansatz 1.475.474 EUR Mehrerträge an Real- und sonstigen Steuern.

Die Steuerkraft ist eine entscheidende Rechengröße bei der Ermittlung der Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage. Schwankungen in der Steuerkraft wirken sich mit zweijähriger Verzögerung aus. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise 2008 ist nicht davon auszugehen, dass die Stadt Nauen in den Folgejahren ein annähernd gleich hohes Ergebnis erzielt.

Auf Grund der erhöhten Steuererträge in 2008 hat die Stadt Nauen im HH-Jahr 2010 mit einer erhöhten Kreisumlage in Höhe von **271.500 EUR** zu rechnen. Der Betrag wurde der Rückstellung zugeführt.

- Rückstellung für Betriebskostenabrechnung 2008 Hort Leonardo da Vinci Campus
Zuführung über 73,6 TEUR

Mit Aufnahme des Hortes in die Bedarfsplanung des LK HVL zum 21.05.2008 begründet sich der Anspruch des freien Trägers auf Finanzierung nach § 16 (1-3) KITAGBbg durch die Stadt Nauen. Es erfolgte in 2008 eine Abschlagszahlung. Die Betriebskostenabrechnung erfolgt erst in 2009. Des Weiteren gibt es strittige Auffassungen zur Einberechnung der AfA für das Gebäude. Der Campus hat zur Bestätigung ihrer Rechtsauffassung anwaltliche Vertretung bzw. Klage angekündigt. Zur Sicherung einer eventuellen Inanspruchnahme wird eine Rückstellung gebildet.

Die **Finanzrechnung** bildet die Liquidität der Stadt ab. Es werden alle Einzahlungen und Auszahlungen der Periode dargestellt.

Die Veränderung der **Bilanzpositionen** sind im Punkt 6 des Jahresabschlusses „Anhang nach §58 KomHKV“ ausreichend erläutert.

Hier nur einige wesentliche Positionen:

Die Liquidität der Stadt Nauen war im Jahr 2008 gesichert. Die Stadtkasse musste an 2 Tagen den Kassenkredit in Anspruch nehmen. Dabei entstand ein Zinsaufwand von 157 EUR.

Bei gesicherter Liquidität wurden Geldanlagen in Form von Tageseinlagen und Festgeldern abgeschlossen.

Es wurden 247,0 TEUR aus Zinserträgen verbucht.

Am 31.12.2008 wurde ein Bankbestand in Höhe von 8.436.012,93 EUR ausgewiesen.

Zum 31.12.2008 sind Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten in Höhe von 34.780.358 EUR ausgewiesen worden. Dies entspricht einer pro-Kopf-Verschuldung von 2.091,93 EUR. Im Berichtszeitraum wurden 3 Kredite mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2.823.057,05 EUR umgeschuldet.

Durch die Festschreibung der neuen Zinssätze ergeben sich für die Zinsbindungsperiode bis 2018 Zinsersparnisse in Höhe von 262.126 EUR.

Für Tilgungen (ohne Umschuldung) wurden 808.636,91 EUR ausgezahlt.

Ausgewählte **Kennzahlen** werden in der **Anlage 7** dargestellt.

Es kann festgestellt werden, dass die Haushaltsführung im Jahr 2008 zur weiteren Stabilität der Haushaltswirtschaft der Stadt Nauen beigetragen hat. Das Festhalten an einer strengen Haushaltsdisziplin und die Absicherung von zukünftigen Risiken sichern mittelfristig den Ausgleich des Ergebnishaushaltes.

Die Liquidität muss in Verbindung mit den ausgewiesenen Rückstellungen, Rücklagen und Verbindlichkeiten unter Kontrolle gehalten werden.

Zielstellung für die kommenden Jahre ist der Abbau der Verschuldung durch Sondertilgung von Krediten und der Ausbau des Controllings über Kennzahlen.

5.3. Erläuterung von Ergebnissen mit erheblicher Bedeutung und von erheblichen Planabweichungen

5.3.1. Erträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Plan	Ergebnis	Differenz
7.018.700 €	8.560.014 €	1.541.314 €

Davon entfallen auf:

	Plan	Ergebnis
Grundsteuer A + B	2.030.000 EUR	1.940.422 EUR
Gewerbsteuer	1.850.000 EUR	2.997.587 EUR
Sonstige eigene Steuern	143.500 EUR	108.254 EUR
Anteile an den Einkommensteuern	2.000.000 EUR	2.531.497 EUR
Anteile an der Umsatzsteuer	550.000 EUR	536.978 EUR
Familienleistungsausgleich	445.200 EUR	445.276 EUR

Aus Gewerbesteuern werden in 2008 Mehrerträge in Höhe von 1.147,6 TEUR ausgewiesen. Aus den Gemeindeanteilen der Einkommens- und Umsatzsteuer werden 518,5 TEUR Mehrerträge realisiert.

Von den Mehrerträgen wurden insgesamt 254,0 TEUR für Mehraufwendungen Gewerbesteuerumlage und Budgeterhöhungen bereit gestellt.

Eine hohe Steuerkraft hat erheblichen Einfluss auf die Bemessung der Schlüsselzuweisungen und die Ermittlung der Kreisumlage im zweiten auf das Abschlussjahr folgenden Haushaltsjahr.

Mit steigender Steuerkraft sinkt die Schlüsselzuweisung, die Umlagegrundlagen steigen und damit steigt auch der Aufwand für die Kreisumlage.

Vorauszahlungen für die Gewerbesteuer unterliegen häufig einer Korrektur mit erheblichen Rückzahlungspotenzial. Eine Absicherung des Risikos durch Zuführung an Rückstellungen ist geboten.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Plan	Ergebnis	Differenz
9.605.500 €	11.464.435 €	1.858.935€

Hierin enthalten sind:

	Plan	Ergebnis
Schlüsselzuweisungen	6.465.000 EUR	6.636.191 EUR
Zuweisungen für übertragene Aufgaben	320.000 EUR	317.541 EUR
Schullastenausgleich	405.900 EUR	416.221 EUR
Zuweisungen des Landkreises KITA	2.195.200 EUR	2.406.067 EUR
Erträge aus Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen vom öffentlichen Bereich	0 EUR	1.530.030 EUR

Mehrerträge sind zu verzeichnen bei:

- Schlüsselzuweisungen 171,2 TEUR
Bei der Haushaltsplanung wurde der Grundbetrag aus 2007 angesetzt. Mit Haushaltsbeschluss erhöhte die Landesregierung diesen Betrag.
- Schullastenausgleich 10,3 TEUR
- Zuweisungen für KITA Betreuung 210,9 TEUR
Der Mehrertrag ergibt sich aus der positiven Entwicklung der Kapazitätsauslastung.
- weitere Zuweisungen 62,4 TEUR
Die Mehrerträge wurden überwiegend den Produkten wieder als Aufwand zur Verfügung gestellt. Z.B. Zuschuss für 100-Stellen-Programm 35,1 TEUR und Ertrag aus Städtebaulichen Vertrag für B-Plan Wohnpark Börnicke 15,9 TEUR.
- Auflösung Sonderposten aus öffentl. Zuweisungen 1.530,0 TEUR

Die Auflösung der Sonderposten war in der Haushaltsplanung unter dem Ertragskonto 437100 geplant. Dieses Konto gehört in die Ertragsart öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte. Bei der Jahresrechnung wurde das richtige Ertragskonto lt. aktueller Kontierungsrichtlinie angesprochen.

Sonstige Transfererträge

Plan	Ergebnis	Differenz
0 €	154.808 €	154.808 €

Zuweisungen für die Altstadtanierung, die gemäß MDK an Dritte (private Eigentümer) weiter gegeben werden, werden als Ertrag und Aufwand gebucht.
In der Phase der Haushaltsplanung waren diese Maßnahmen nicht bekannt.

Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte

Plan	Ergebnis	Differenz
2.555.000 €	1.425.335 €	- 1.129.665 €

Hier werden nachgewiesen:

	Plan	Ergebnis
Verwaltungsgebühren	94.100 EUR	107.108 EUR
Benutzungsgebühren, zweckgebundene Abgaben	545.400 EUR	734.912 EUR
Benutzungsgebühr Niederschlagswasser	456.300 EUR	488.976 EUR
Erträge aus Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und Investitionszuschüssen	1.459.200 EUR	94.339 EUR

Für Benutzungsgebühren (ohne Niederschlagswasser) wurden Mehrerträge in Höhe von 189,5 TEUR realisiert. Insbesondere sind hier

KITA Gebühren mit einem Mehrertrag von 69,0 TEUR,
Benutzungsgebühren Sporthallen mit einem Mehrertrag von 12,2 TEUR und
Benutzungsgebühren Stadtbad mit einem Mehrertrag von 9,2 TEUR

zu nennen.

In der Haushaltsplanung wurden alle Erträge aus der Auflösung von Sonderposten unter dem Ertragskonto 437100 geplant. Dies entspricht nicht der geltenden Kontierungsrichtlinie des Landes. Mit der Jahresrechnung wurden die Erträge den richtigen Ertragskonten zugeordnet. (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Es entstand bei der Ertragsart Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und Investitionszuschüssen ein Minderertrag in Höhe von 1.364,9 TEUR.

Sonstige ordentliche Erträge

Plan	Ergebnis	Differenz
1.358.400 €	2.757.226 €	1.398.826 €

Hierin enthalten sind:

	Plan	Ergebnis
Bußgelder und Säumniszuschläge	63.200 EUR	63.968 EUR
Konzessionsabgaben	455.100 EUR	621.961 EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	689.200 EUR	1.281.445 EUR
Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten	0 EUR	236.917 EUR
Periodenfremde ord. Erträge	0 EUR	144.749 EUR
Erträge aus Auflösung Wertberichtigung	0 EUR	352.700 EUR

Mehrerträge resultieren aus:

- Konzessionsabgaben

+ 166,8 TEUR

Abschlagszahlungen wurden erhöht. Weiterhin ist im Ergebnis ein Betrag in Höhe von 112,2 TEUR aus einer Ausschüttung der e.on Aktionäre für die Jahre 1999 bis 2005 enthalten.

- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen + 592,2 TEUR
Der Planansatz wurde bei der Haushaltsplanung zur Darstellung der Inanspruchnahme eingestellt, da das Programm einen negativen Aufwand noch nicht zu ließ.
Die Auflösung einer Rückstellung richtet sich nach § 48 Abs. 3 KomHKV. Eine Rückstellung ist aufzulösen, wenn und soweit der Grund für ihre Bildung entfallen ist. Insbesondere wurden folgende Rückstellungen aufgelöst:
 - Rückstellung zum Ausgleich einer hohen Steuerkraft in 2006 als Auswirkung auf die Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage 2008. Da die Steuerkraft auch in 2008 über den Planzahlen lag, entstand kein Fehlbedarf. Die Rückstellung in Höhe von 550,0 TEUR konnte aufgelöst werden.
 - Rückstellung zum Ausgleich von Gewerbesteuerzurückzahlungen aus Vorauszahlungsveranlagung 2007. Die Vorauszahlungen werden jährlich neu betrachtet und eine Risikoabsicherung durch Zuführung zur Rückstellung erneut geprüft. Somit war die Rückstellung aus 2007 in Höhe von 160,0 TEUR aufzulösen.
 - Einige Klageverfahren wurden durch Urteilsspruch beendet. Insbesondere die Beendigung der Klageverfahren mit dem Landesumweltamt zur Abwasserabgabe führte zu einem positiven Ausgang für die Stadt Nauen. Die Bescheide über ehemals 138,2 TEUR wurden aufgehoben. Die neuen Bescheide verpflichteten die Stadt Nauen zur Zahlung von 7,7 TEUR. Damit war die Rückstellung in Höhe von 129,4 TEUR aufzulösen.
 - Grundstücke, die als EDV-Grundstücke im Anlagevermögen der Stadt Nauen bilanziert waren, wurden an private Dritte zugeordnet. Um die außerordentliche Abschreibung auszugleichen, wurde die dafür gebildete Rückstellung in Höhe von 70,2 TEUR aufgelöst.
 - Der kommunale Versorgungsverband berechnet jährlich die Höhe der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen. Für 2008 war der Betrag geringer als 2007. Es wurden 284,6 TEUR aufgelöst.

- Erträge aus Auflösung von sonstigen Sonderposten + 236,9 TEUR
Die Auflösung der Sonderposten waren in der Haushaltsplanung unter dem Ergebniskonto 437100 geplant. Dieses Konto gehört in die Ertragsart öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte.
Bei der Jahresrechnung wurde das richtige Ertragskonto lt. aktueller Kontierungsrichtlinie angesprochen.

- Periodenfremde ordentliche Erträge + 144,7 TEUR
Das Rechnungsergebnis ergibt sich aus der periodengerechten Zuordnung von Erträgen. Hierunter fallen u.a. Anschlussbeiträge für das Jahr 2007, Ausschüttung der e.dis Aktionäre für zurückliegende Jahre, Säumniszuschläge aus Vorjahren.

- Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen + 352,7 TEUR
Die Wertberichtigungen aus dem Jahresabschluss 2007 wurden wieder aufgelöst.
Die Forderungen für
Steuern und Transferzahlungen in Höhe von 212.400 EUR,
öffentlich-rechtliche Forderungen in Höhe von 49.500 EUR und
privat-rechtliche Forderungen in Höhe von 90.800 EUR
wieder aktiviert.

Zinsen und sonstige Finanzerträge

Plan	Ergebnis	Differenz
36.000 €	261.829 €	225.829 €

Im Berichtszeitraum wurden Zinsen für
Geldanlagen in Höhe von 247,0 TEUR und
Gewerbsteuerzahlungen in Höhe von 14,8 TEUR
realisiert.

Außerordentliche Erträge

Plan	Ergebnis	Differenz
0 €	42.575 €	42.575 €

Das Ergebnis resultiert aus Grundstücksverkäufen über dem Restbuchwert in 2008.

5.3.2. Aufwendungen

Personalaufwendungen

Plan	Ergebnis	Differenz
4.846.900 €	4.846.900 €	0 €

Es entfallen auf:

	Plan	Ergebnis
Personalaufwand	4.746.900 EUR	4.993.829 EUR
Zuführung Rückstellungen für		
- Beihilfe aktive Beamte	0 EUR	12.199 EUR
- Altersteilzeit u. Auf- lösungsverträge	0 EUR	242.737 EUR
- Urlaub/Überstd. Vorjahr	100.000 EUR	127.000 EUR
Inanspruchnahme Rückstellungen Für		
- Altersteilzeit	0 EUR	- 78.955 EUR
- Tarifabschlüsse	0 EUR	- 304.706 EUR
- Urlaub/Überstd. Vorjahr	0 EUR	- 145.200 EUR

Der Haustarifvertrag mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden ist zum 30.04.2008 ausgelaufen. Eine Einigung über eine Verlängerung konnte mit der Gewerkschaft nicht erreicht werden. Durch individuelle Anpassung der Arbeitsverträge wurde ab 01.05.2008 die wöchentliche Arbeitszeit auf 37 Wochenstunden erhöht.

Der Personalaufwand und die erforderlichen Zuführungen an Rückstellungen konnten nur durch die Inanspruchnahme von in Vorjahren gebildeten Rückstellungen ausgeglichen werden.

Der Personalaufwand entspricht 20,2 % der ordentlichen Aufwendungen.

Ein Plan – Ist Vergleich der Personalaufwendungen je Teilergebnis (Produkt) ist nicht in allen Produkten korrekt. Die Bildung von neuen Produkten und prozentualen Stellenanteilen wurde bei der Personalabrechnung nicht berücksichtigt. Eine nachträgliche Korrektur steht in keinem Verhältnis zum Nutzen der Aussage.
Für Folgejahre ist die Zuordnung gesichert.

Versorgungsaufwand

Plan	Ergebnis	Differenz
100.000 €	6.267 €	- 93.733 €

Mit der Eröffnungsbilanz waren Rückstellungen für Versorgungsempfänger zu bilden. Die Berechnung erfolgte durch den Kommunalen Versorgungsverband. Jährlich werden diese Berechnungen aktualisiert.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Plan	Ergebnis	Differenz
4.116.400 €	3.760.604 €	- 355.756 €

Es wird u.a. der Aufwand für die

	Plan	Ergebnis
Unterhaltung der Grundstücke, bauliche Anlagen und des sonstigen Vermögens	1.483.600 EUR	1.140.778 EUR
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.346.100 EUR	1.406.524 EUR
Besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwand	112.700 EUR	169.944 EUR
Sonstige Dienstleistungen	889.700 EUR	837.282 EUR

nachgewiesen.

Minderaufwendungen zur Unterhaltung der Grundstücke, baulichen Anlagen und des sonstigen Vermögens begründen sich in den Produkten 55.2.01 – Öffentliche Gewässer und 56.1.01 – Umwelt. Hier war die Beseitigung von illegalen Ablagerungen am Schwanebecker See und die Revitalisierung des Schwanebecker Sees geplant. Für die Revitalisierung war ein Fördermittelantrag gestellt. Dieser wurde erst in 2009 bewilligt. Damit wurde die Gesamtmaßnahme nach 2009 verschoben. Ein Einsatz der Mittel für andere Maßnahmen war nicht möglich, da durch die fehlende Förderung eine Sperre auf den Ansatz lag. Als Eigenmittel stehen Rückstellungen zur Verfügung, die auch nur zweckgebunden zum Einsatz kommen.

Sonstige Planabweichungen wurden durch die Deckungsfähigkeit in den Budgets ausgeglichen.

Aus 2007 wurden 18.783,41 EUR in diese Aufwandsgruppe übertragen. Davon wurden 18.421,43 EUR in Anspruch genommen.

Abschreibungen

Plan	Ergebnis	Differenz
2.560.000 €	3.227.113 €	667.113 €

Es entfallen auf:

	Plan	Ergebnis
bilanzielle Abschreibungen	2.560.000 EUR	2.663.691 EUR
Außerplanmäßige Abschreibungen	0 EUR	191.841 EUR
Abschreibung von Forderungen	0 EUR	371.582 EUR

Die Aufwendungen aus außerplanmäßigen Abschreibungen resultieren aus Verkauf und Zuordnungen von Grundstücken sowie Neuvermessungen und waren nicht geplant. Weiterhin wurde in 2007 eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung für die Erneuerung eines Filterkessels im Stadtbad gebildet. Die Rückstellung wurde in 2008 nicht in Anspruch genommen und musste aufgelöst werden. Da der Filterkessel nicht mehr nutzbar war, wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 31,0 TEUR vorgenommen. Die Neuanschaffung wurde in 2009 realisiert und wieder aktiviert.

Abschreibung von Forderungen beinhaltet eine Vielzahl von bereinigten Sollstellungen in Form von Niederschlagungen, Abgängen auf Kassenresten und Wertberichtigungen.

Die Wertberichtigung entfallen im einzelnen auf:

- Gebühren und Beiträge 49,3 TEUR
- Steuern und sonstige Transferleistungen 178,5 TEUR
- privatrechtliche Forderungen 59,1 TEUR

Transferaufwendungen

Plan	Ergebnis	Differenz
7.418.700 €	7.784.029 €	365.329 €

Hierin enthalten ist der Aufwand für:

	Plan	Ergebnis
Kreisumlage	5.785.000 EUR	5.815.697 EUR
Gewerbesteuerumlage	200.000 EUR	283.430 EUR
Zuschüsse an freie Träger im KITA Bereich	1.092.700 EUR	1.153.956 EUR
Sonstige Zuschüsse an Vereine u.ä.	130.000 EUR	129.993 EUR
Zuweisungen für Altstadtsanierung an Dritte	0 EUR	158.510 EUR

Mehrerträge aus Schlüsselzuweisungen führten zu geänderten Umlagegrundlagen bei der Berechnung der Kreisumlage.

Die Gewerbesteuerumlage ist auf das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer an Land und Bund abzuführen. Durch Mehrerträge erhöht sich auch die Umlage.

Der Hort des Leonardo da Vinci Campus wurde 2008 in den KITA-Bedarfsplan des Landkreises Havelland aufgenommen. Damit hatte der Träger einen Anspruch auf eine Zuschussfinanzierung durch die Stadt Nauen, der nicht geplant war. Bisher wurden lediglich die Zuschüsse des Landkreises weitergereicht. Die Stadt Nauen hatte einen Mehraufwand in Höhe von 50,0 TEUR.

Zuweisungen für die Altstadtsanierung, die gemäß MDK an Dritte (private Eigentümer) weiter gegeben werden, werden als Ertrag und Aufwand gebucht.

In der Phase der Haushaltsplanung waren die einzelnen Maßnahmen noch nicht bekannt. Der Aufwand ist dabei in Höhe der Förderung aus Ertrag gedeckt.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Plan	Ergebnis	Differenz
1.347.400 €	2.834.198 €	1.486.798 €

Hierin enthalten ist der Aufwand für:

	Plan	Ergebnis
Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	84.900 EUR	100.550 EUR
Aufwendungen für Sachverständigen- und Gerichtskosten	179.400 EUR	179.339 EUR
Geschäftsaufwendungen	252.800 EUR	218.380 EUR
Aufwendungen für Steuern und Versicherungen	221.800 EUR	175.325 EUR
Aufwendungen für die Erstattung von laufender Verwaltungstätigkeit	553.700 EUR	585.347 EUR
Zuführung und Inanspruchnahme sonstiger Rückstellungen	37.000 EUR	1.421.437 EUR
Periodenfremde Aufwendungen	0 EUR	135.211 EUR

Der ausgewiesene Mehraufwand resultiert aus der hohen Zuführung an Rückstellungen, um Risiken in Folgejahre abzusichern.

Der dargestellte Aufwand für die Rückstellung ergibt sich aus Zuführung minus Inanspruchnahme der Rückstellung.

Es erfolgte insgesamt eine Zuführung in Höhe von 1.618,4 TEUR. Es wird auf den Gliederungspunkt 5.2 des Rechenschaftsbericht verwiesen.

In Anspruch genommen wurden Rückstellung in Höhe von insgesamt 196,9 TEUR. Im Einzelnen für

- Prüfung der Eröffnungsbilanz, Prüfung der Jahresrechnung 2006 und Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 → 35,1 TEUR
- Rückstellung für Brandschutzmaßnahmen im Rathaus, Gymnasium und KITA → 17,0 TEUR
- Rückstellung für restitutionsbehaftete Grundstücke → 32,0 TEUR
- Rückstellung für Klageverfahren → 13,7 TEUR
- Rückstellung für Prämienzahlungen nach TvöD → 30,4 TEUR

- Rückstellung Gebühren Niederschlagswasser → 57,0 TEUR
- Sonstige Rückstellungen → 11,6 TEUR

Aus 2007 wurden 27.067,18 EUR in diese Aufwandsgruppe übertragen. Die Mittel wurden vollständig in Anspruch genommen.

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Plan	Ergebnis	Differenz
1.635.000 €	1.550.374 €	- 84.626 €

Davon entfallen auf:

	Plan	Ergebnis
Zinsen für Investitionskredite	1.615.000 EUR	1.534.486 EUR
Zinsen für Kassenliquidität	10.000 EUR	157 EUR
Verzinsung Steuernachzahlungen	10.000 EUR	15.055 EUR

Im Berichtszeitraum waren die Zinsen für variable Kredite (Investitionen) geringer als geplant. Daraus resultiert eine Einsparung in Höhe von 80,5 TEUR.

Der Aufwand Zinsen für Erstattungen von Gewerbesteuern kann nur auf der Grundlage von Erfahrungswerten geschätzt werden. Die Messbescheide der Finanzämter bilden die Grundlage.

Der Mehraufwand ist gedeckt durch Mehrerträge für Zinsen von Gewerbesteuer. (siehe Ertragsart „Zinsen und sonstige Finanzerträge“)

Außerordentliche Aufwendungen

Plan	Ergebnis	Differenz
0 EUR	45.614 EUR	45.614 EUR

Außerordentliche Aufwendungen wird ausgewiesen, wenn der Erlös aus einer Vermögensveräußerung unter dem Buchwert liegt.

5.3.3. Übertragung von Mitteln

Gemäß § 24 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung können **Ermächtigungen** für Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit und für Investitionsauszahlungen in das Folgejahr übertragen werden.

Mit dem Abschluss des Jahres 2007 wurden folgende Ermächtigungen für Aufwendungen nach 2008 übertragen und eingesetzt:

Ermächtigung für	Übertragung aus 2007	Anordnung darauf	Weiter übertragen nach 2009	Abgang
Zweckgebundener Aufwand	45.851 EUR	45.489 EUR	0 EUR	362 EUR

Aus den Haushaltsansätzen 2008 wurden folgende Ermächtigungen nach 2009 übertragen:

Ermächtigung für	Übertragung nach 2009
Zweckgebundener Aufwand	35.427 EUR

Die Finanzierung erfolgt in 2009 aus den Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses.

Eine Einzelaufstellung befindet sich in Anlage 2 zum Anhang der Bilanz.

5.4. Investitionstätigkeit

Die Investitionstätigkeit wird im Finanzhaushalt und in der Finanzrechnung abgebildet. Es werden die kassenwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen ausgewiesen.

Ein Plan/Ergebnis Vergleich ist deshalb schwierig. Eingezahlte Forderungen aus Vorjahren gehen in das Ergebnis ein. Im Gegensatz dazu werden angeordnete Einzahlungen, die noch offen sind, nur unter Forderungen ausgewiesen.

Aus Vorjahren übertragene Mittel (Ermächtigungen), die in 2008 zur Auszahlung kamen, werden im Ergebnis der Auszahlungen abgebildet. Neu gebildete Ermächtigungen werden im Ergebnis nicht berücksichtigt.

Insgesamt stellte sich die Investitionstätigkeit in 2008 wie folgt dar:

	Plan	Ergebnis
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.156.900 EUR	3.040.957 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.156.900 EUR	2.832.741 EUR
Saldo Investitionstätigkeit	0 EUR	208.216 EUR

5.4.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Investitionszuwendungen

Insgesamt wurden 2.778.958 EUR für Investitionszuwendungen eingezahlt.

Davon entfallen auf:

Zuwendungen des Bundes	550.000 EUR
Zuwendungen des Landes	2.217.536 EUR
Zuwendungen von Gemeinden und Zweckverbänden	- 2.298 EUR
Sonstige Zuwendungen	13.720 EUR

Die Zuwendungen waren zweckgebunden für folgende Produkte und Maßnahmen:

Produkt	Maßnahme	Zuwendung
21.7.01 Goethe Gymnasium	Sanierung Gebäude	147.059 EUR
51.1.01 Stadtentwicklung	Altstadtsanierung	1.100.000 EUR
12.6.01 Brandschutz	Löschfahrzeug TLF 20/50	37.472 EUR
55.5.01 Wald	Waldwegebau	67.927 EUR
61.1.01 Steuern, allg. Zuweisungen	Investive Schlüsselzuweisung	1.415.078 EUR

Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten

Für mehrere in Vorjahren durchgeführte Straßenbaumaßnahmen wurden in 2008 Anliegerbeiträge in Höhe von 69.719 EUR gezahlt.

Der Planansatz betrug 289.500 EUR.

Die Erhebung von Beiträgen aus Straßenbaumaßnahmen, die in 2008 durchgeführt wurden, erfolgt unverzüglich.

Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten, Gebäuden

Es wurden Einzahlungen in Höhe von 192.279 EUR kassenwirksam.

5.4.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Auszahlungen für Baumaßnahmen

Es kamen insgesamt 2.604.863 EUR zur Auszahlung.

Im Einzelnen für:

Hochbaumaßnahmen	1.866.393 EUR
Tiefbau- und Straßenbaumaßnahmen	594.515 EUR
sonstige Baumaßnahmen	143.955 EUR

Die Auszahlungen erstreckten sich im Wesentlichen auf folgende Produkte und Maßnahmen:

Produkt	Maßnahme	Auszahlung
12.6.01 Brandschutz	Löschwasserbrunnen / Hydranten	12.481 EUR
21.1.01 K. Kollwitz Grundschule	Turnhallenneubau	65.959 EUR
21.7.01 Gymnasium	Fortführung Reko	406.425 EUR
42.4.01 Sportstätten	Sportplatz Markee	21.172 EUR
51.1.01 Altstadtsanierung	Gemäß MDK	1.340.000 EUR

54.1.01 Gemeindestraßen	Bauherrenanteile Altstadt Ländl. Wegebau nach Neuhof Straßenbeleuchtung Stadttrandsiedlung (Eichenweg) Brücke Schwanebeck Radweg Ketziner Str. Radweg Brandenburger Str. Abwasser OT Ribbeck	618.096 EUR
55.5.01 Wald	Waldwegebau	87.489 EUR

Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgl. Rechten, Gebäuden

Für den Erwerb von diversen Grundstücken und Gebäuden wurden im Berichtszeitraum 4.130 EUR ausgezahlt.
Enthalten sind hier auch Notar- und sonstige Nebenkosten.

Auszahlungen für den Erwerb von übrigen Sachanlagevermögen

Für Ausstattungen wurden ausgezahlt:

Für den Brandschutz	124.159 EUR
Für Schulen	9.316 EUR
Für Kindertageseinrichtungen u. Freizeiteinrichtungen	38.008 EUR
Für öffentl. Kinderspielplätze	12.653 EUR

Weiterhin wurden für den Erwerb von Soft- und Hardware in der Verwaltung insgesamt 33.604 EUR ausgezahlt.

5.4.3. Übertragung von Mitteln

Gemäß § 24 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung können **Ermächtigungen** für Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit und für Investitionsauszahlungen in das Folgejahr übertragen werden.

Mit dem Abschluss des Jahres 2007 wurden folgende Ermächtigungen für Investitionsauszahlungen nach 2008 übertragen und eingesetzt bzw. nach 2009 weiter übertragen:

Ermächtigung für	Übertragung aus 2007	Anordnung darauf	Weiter übertragen nach 2009	Abgang
Auszahlungen für Investitionen	541.603 EUR	277.567 EUR	216.258 EUR	47.778 EUR

Aus den Haushaltsansätzen 2008 wurden folgende Ermächtigungen für Investitionsauszahlungen nach 2009 übertragen:

Ermächtigung für	Übertragung nach 2009
Auszahlungen für Investitionen	704.692 EUR

Eine Einzelaufstellung befindet sich in der Anlage 2 zum Anhang der Bilanz.